

Der Kampf um Fort Thüngen tobt weiter

Das "Centre d'Art contemporain" (CAC) ist wieder in aller Munde.

- Am 12.1.1992 mußte der LSAP-Landeskongreß vertagt werden, weil sich bei der Kulturdebatte über zwei Dutzend Redner eingeschrieben hatten, die fast ausnahmslos zum überdimensionierten CAC-Projekt der Regierung Stellung nehmen wollten. Robert Krieps, dem es als erstem Luxemburger Kulturminister in den 70er Jahren gelang, Kultur zum politischen Thema zu machen, hätte seine Freude gehabt. - Hatte der Télécron bislang eher eine abwartend neutrale Haltung eingenommen, so rief der Leitartikel vom 1.2.1992 dazu auf, "keine halben Sachen" zu machen und die Ausmaße des geplanten Pei-Museums nicht zu reduzieren, denn nach der Eröffnung interessiere sich keiner mehr für die 4 oder 6 Milliarden, die es kosten werde.

- In einer selbst gebildeten Lesern schier unverständlichen Sprache veröffentlichte Pierre Frieden, der als Rapporteur der parlamentarischen Kammerkommission für das betreffende Gesetzesprojekt im Gespräch ist, am 6. Februar in der "Warte" ein gefühls-geladenes Plädoyer für das Pei-Projekt auf Drei Eichen.

- In der Sendung "Chefredakter für eng Stonn" auf RTL92,5 meinte am 8. Februar der Cactus-Firmenchef Paul Leesch, das Projekt sei aus wirtschaftlicher Sicht nicht seriös und der Standort eine verkehrspolitische Katastrophe.

- Am 12. Februar rief die DP in einer Pressekonferenz dazu auf, alle bisherigen Pläne beiseitezuschieben und die Diskussion auf demokratischer Ebene neuzubeginnen; darüber hinaus brachte die Partei ihren Standortvorschlag Heilig-Geist-Plateau in Erinne-

rung.

- Am 14. Februar nahm erstmals auch ein KPL-Gremium, die Sektion Zentrum, in ihrer Generalversammlung öffentlich Stellung gegen das Regierungsprojekt, weil die Regierung "ausschließlich aus kulturfremden Prestige Gründen handelt". Die KPL-Sektion wehrt sich auch gegen den Standort, da auf Drei Eichen "ein Naherholungsgebiet mit Festungsrüinen geopfert werden müßte".

- Am 15. Februar fand die Generalversammlung von "Jeunes et Patrimoine" statt, einer der Trägerorganisationen des Widerstands gegen den Museumsstandort auf Drei Eichen. Bei dieser Gelegenheit wurde erneut der Symbolcharakter des letzten intakten Forts der Festung Luxemburg betont, der sich hervorragend als archäologisches Denkmal der Unabhängigkeit Luxemburgs im europäischen Rahmen eigne: schon 1839 und 1867 standen die europäischen Großmächte Pate bei der Geburt und der faktischen Entmilitarisierung Luxemburgs. Außerdem wurde bei dieser Versammlung bekannt, daß bis dahin 12 272 Personen die Petition gegen den Standort Drei Eichen unterschrieben haben.¹

Offensive der LSAP

Am selben Samstagnachmittag ging aber vor allem der zweite Teil des LSAP-Kongresses über die Bühne. Das Resultat ist schwierig zu beurteilen. Rob Roemen hat sicher nicht unrecht, wenn er seinen "Journal"-Bericht (18.2.92) betitelt: "LSAP wettete gegen das Pei-Museum und stimmte dafür." Und doch ist das zu unnüanciert. Daß die LSAP sich als

Regierungspartei prinzipiell für die Schaffung eines CAC ausgesprochen hat, braucht die Gegner des Regierungsprojektes nicht zu beunruhigen. Sie selbst haben immer wieder ihre prinzipielle Zustimmung zu einem CAC betont. Stein des Anstoßes bei der LSAP, vor allem in deren Südbezirk, ist ohne Zweifel der erschreckende Kostenpunkt. Gegen den Standort äußerte sich ein einziger Redner. Immerhin hat Bautenminister Robert Goebbels, der wie kein anderer LSAP-Militant die Begeisterung des Premierministers für das Pei-Projekt teilt, seine Bereitschaft erklärt, sich der Entscheidung der Partei zu beugen.

Und der Kongreß hat beschlossen, "eine wirklich demokratische Diskussion, bei der alle Aspekte (Standort, Kostenpunkt und Finanzierungsmodus, Folgekosten, Statut, inneres Konzept, Ausstellungs- und Aktivitätenprogramm, Zusammenarbeit mit anderen Museen und Kulturinstituten) beleuchtet werden müssen", müsse erst anlaufen. Die LSAP finde "das vorliegende Projekt unter diesen Umständen und auch angesichts der gewaltigen sozialpolitischen und internationalen Herausforderungen überdimensioniert" und beauftragte "die LSAP-Regierungsmitglieder und die sozialistische Kammerfraktion für eine Überprüfung dieses Projektes zu sorgen." Schließlich "hielt der Kongreß darauf, daß vor jedem definitivem Beschluß betreffend eines Zentrums für zeitgenössische Kunst ein angemessener parteiinterner Entscheidungsprozeß stattfinden muß".

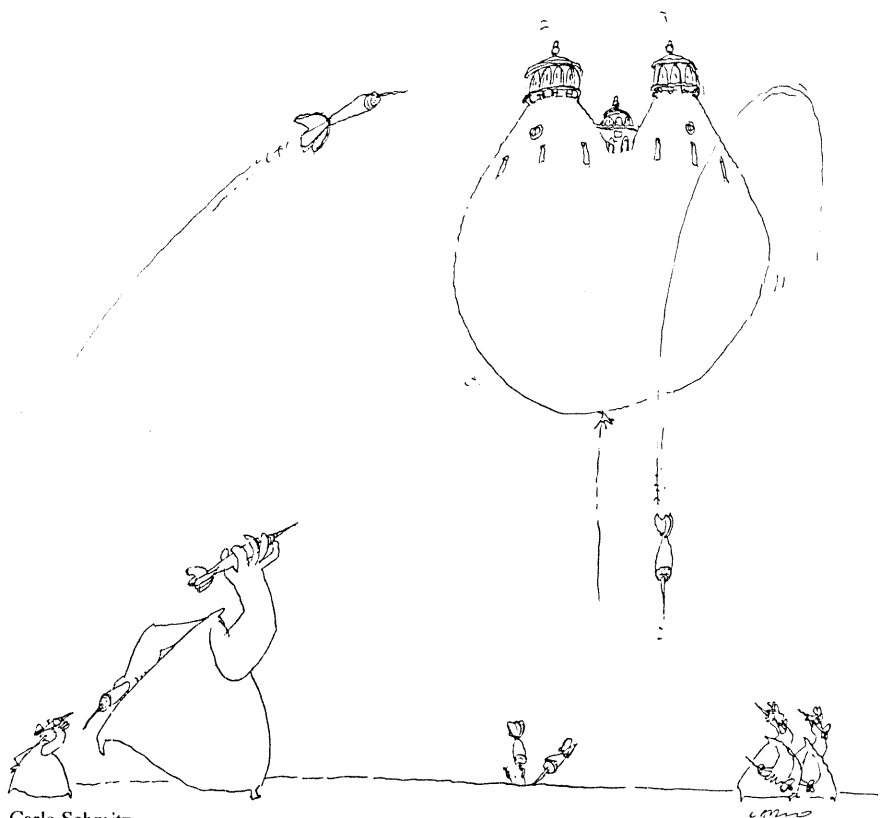
Diese zugebenermaßen sybellinische Ausdrucksweise läßt natürlich viele Interpretationen offen. Die Frage bleibt, wie die Partei ihren Mandatären ihren Standpunkt in concreto klarmachen wird, ob diese sich von der Partei ein imperatives Mandat vorschreiben lassen oder ob sie aus persönlicher Überzeugung oder aus Machtbesessenheit, um die Koalition nicht zu gefährden, gegen die Stimme der Partei am Ende doch das Pei-Projekt akzeptieren. Beim Kongreß gab die Partei in der Tat ein "Lehrstück in Basisdemokratie" (t, 17.2.92) zum besten. Bleibt zu hoffen, daß auch in der Endphase der "angemessene parteiinterne Entscheidungsprozeß", den die Resolution fordert, diesem Lehrstück treubleibt. Unseren Informationen zufolge kann in der LSAP eine verhältnismäßig kleine Gruppe die Einberufung eines Landeskongresses erzwingen. Gegner des derzeit vorliegenden CAC-Projekts innerhalb der LSAP zeigten sich überzeugt, mit dem Kongreßbeschluß sei das Pei-Projekt gestorben. Eine Verabschiedung im Parlament vor der Sommerpause sei sowieso nicht mehr zu erwarten. Da angesichts dieser Tatsachen auch der Termin 1995 nicht mehr einzuhalten ist, sollte in der Tat der DP-Vorschlag eines Neubeginns in der gesamten Diskussion, den ja auch die LSAP-Resolution fordert, aufgegriffen werden.

Rückzugsgefechte der Regierung

Offen bleibt natürlich auch die Frage, wie der Koalitionspartner auf den LSAP-Entscheid reagieren wird. Durch ihr prinzipielles Ja hat die Partei einen offenen Konflikt - bewußt - vermieden. (Die LW-Berichterstattung hat denn auch einseitig diese Aussage hervorgestrichen.) Bekannt ist aber auch, daß Mitte Januar eine interfraktionelle Sitzung (die Minister

und Abgeordnete der beiden Regierungsparteien waren fast vollzählig erschienen) stattgefunden hat, bei der Späne flogen. Wohl hat es den von der DP öffentlich unterstellten Kuhhandel - der LSAP den Sport- und Konzertpalast auf Kirchberg, der CSV das CAC auf Drei Eichen nicht gegeben -, so daß führende LSAP-Mandatäre auf dem Schifflinger Kongreß ihn ruhigen Gewissens leugnen konnten. Doch der wirkliche "package deal", den Premierminister Santer vorhat, geht viel weiter. Er will bei der Ende April anstehenden Debatte "zur Lage der Nation" eine Vertrauensmotion, in der die beiden Regierungsparteien auch das CAC absegnen. Hier könnte es zur ersten Kraftprobe kommen. Denn die CSV stellt nicht nur das Projekt eines Sportzentrums auf Kirchberg in Frage, das der LSAP am Herzen liegt. Sie hat auch Bedenken gegenüber anderen Vorhaben von LSAP-Ministern: neues Statut für die Post, Arbeitsmedizin usw., von der verwässerten Krankenkassenreform nicht zu sprechen. Daß unter diesen Umständen Minister wie Goebbels und Poos ihre Regierungssessel in Gefahr sehen, leuchtet ein. Goebbels hat in der interfraktionellen Sitzung schon verlauten lassen, der horrende Preis werde sich Berechnungen seines Ministeriums zufolge um rund 700 Millionen drücken lassen, indem man billigeres Material verwendet als von Pei vorgesehen. Was Pei von solchen "Verbesserungen" hält, bleibt abzuwarten. Die Standortgegner können sich damit nicht trösten. Im Gegenteil, beim LSAP-Kongreß verkündete Goebbels, das ihm vorliegende Vorprojekt werde auf 5,3 Milliarden veranschlagt, immerhin schon 200-400 Millionen mehr als Santer nach dem Regierungsrat vom 11.10.1991 mit Berufung auf zwei angeblich unabhängige Gutachter behauptet hatte. Und noch ist nicht bekannt, ob die Goebbel-schen Sparmaßnahmen schon einkalkuliert sind.

Ein museographisches Konzept kommt damit auch nicht in Sicht. Dessen Fehlen ließ aber in der LSAP-



Carlo Schmitz

**Bis zum 1.
März haben
12 430
Personen die
Petition
gegen den
Standort Drei
Eicheln unter-
schrieben.**

Fraktion das berühmte Faß überlaufen. Nach der interfraktionellen Sitzung schickte daraufhin der beigeordnete Kulturminister dem Koalitionspartner ein entsprechendes Papier. Doch das konnte die Wut nur noch verstärken. In der linken Spalte, die zwei Seiten lang war, wurde ein Konzept für die Neumünsterabtei vorgestellt, in der rechten Spalte, nur eine Seite lang, das angebliche Konzept für ein über 5 Milliarden teures CAC. Trotzdem meinte Bautenminister Goebbels beim LSAP-Kongreß, er habe ein tragfähiges Konzept vom Kulturminister erhalten, das ihm erlaubte, das Gesetzesprojekt für den Bau des CAC fertigzustellen!

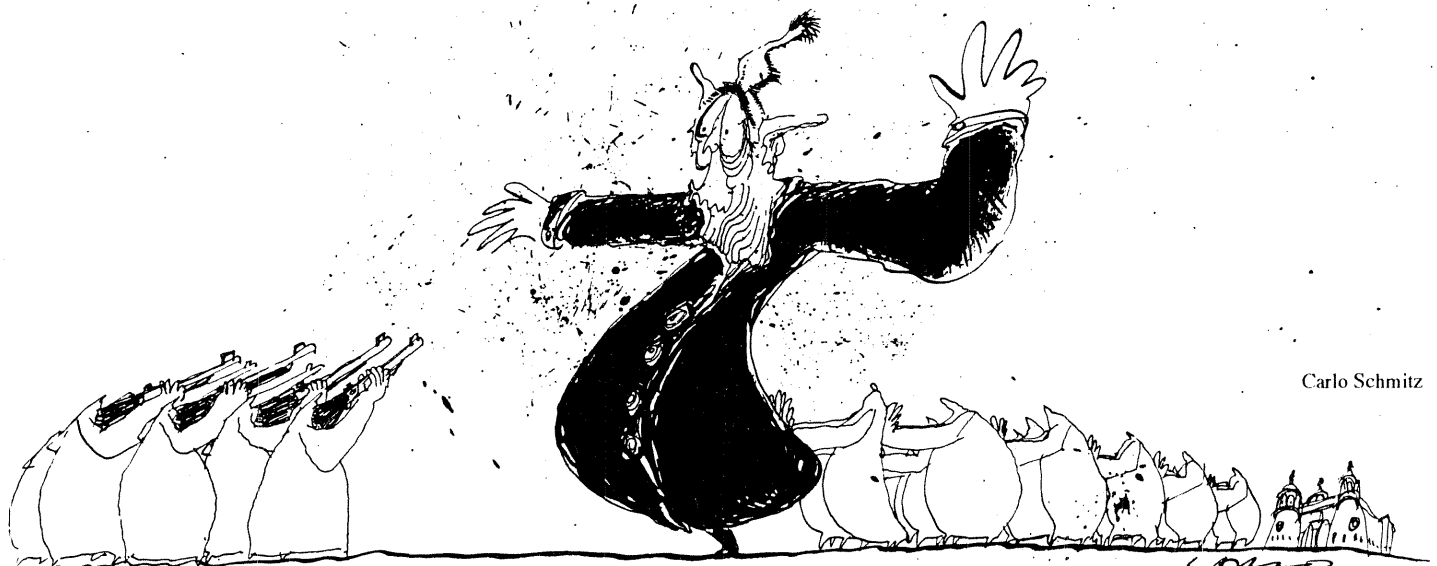
Für die Gegner des Regierungsprojektes hatte derselbe Bautenminister in der Generalversammlung der LSAP-Sektion Unterstädte am 13.2.92 eine weitere bittere Pille parat: Dort war, wie es im "tageblatt"-Bericht heißt (t, 15.-16.2.92), "am Rande zu erfahren, daß die Drei Eicheln total abgerissen und dann wieder aufgebaut werden", eine Prozedur, die nicht nur, laut t, 380 Millionen kosten wird, "mehr als die gesamte Restauration des Viandener Schlosses", sondern einfach jeden Denkmalschutz in Luxemburg lächerlich macht. Premierminister Santer hatte dies übrigens schon im Parlament am 27.11.1991 angedeutet, ohne daß es einem Abgeordneten aufgefallen war. Damit wird klar, warum der Kulturminister sich geweigert hat, das Gutachten der staatlichen, von ihm selbst ernannten "Commission nationale des sites et monuments" anzunehmen und die Drei Eicheln unter Denkmalschutz zu setzen. Im Ilot Clairefontaine, am Rost, in der Maison de Raville können alle an Geschichte interessierten Bürger selbst in Augenschein nehmen, was pseudo-historischer Wiederaufbau echter historischer Bausubstanz bedeutet. Warum dann nicht ganz auf Denkmalschutz verzichten und alles abreißen lassen und unsern Nachkommen in

einer Fotogalerie im Pei-Palast zeigen, wie schön das Fort Thüngen usw. dereinst war.

Die einzige Hoffnung, die dem Geschichtsfreund auf politischer Ebene bleibt und die auch das LSAP-Unterfangen, durch eine demokratische Debatte die Entscheidung aufzuschieben und sich der Erpressung von seiten der CSV zu erwehren, nicht aussichtslos erscheinen läßt, ist die Stimmung in der CSV selbst. Auch hier gibt es nämlich gewichtige Gegner des CAC-Projekts. In der schon zitierten interfraktionellen Sitzung verliefen die Fronten keineswegs zwischen den beiden Regierungspartnern, sondern quer durch beide Parteien. Sowohl unter den hauptstädtischen CSV-Abgeordneten, die den symbolischen Wert der Drei Eicheln und die Beliebtheit des Ausflugsortes kennen, als auch unter den jüngeren Abgeordneten aus dem Südbezirk, die den Wählerprotest gegen die 5-8 Milliarden Franken befürchten, gibt es Leute, die Santer die Wahrheit ins Gesicht sagen, wenn er behauptet, er kenne niemanden, der gegen das CAC sei, und daraus schlußfolgert, also sei das vorliegende Pei-Projekt konsensfähig. Immer bedröder wird auch das Schweigen des CSV-Präsidenten und Finanzministers Jean-Claude Juncker. Er weiß, daß derzeit mittelfristige Investitionsvorhaben in Höhe von rund 70 Milliarden in den Schubladen der einzelnen Ministerien darauf warten, zu Gesetzesprojekten ausgearbeitet zu werden.

Kulturpolitik mit Geld statt mit Konzepten

In Luxemburg scheinen Politiker in der Tat nur die Sprache des Geldes zu verstehen. Beim LSAP-Kongreß war es das meist gebrauchte Argument, im DP-Pressecommuniqué steht es an erster Stelle und



Carlo Schmitz

die CSV-internen Projektkritiker setzen wohl auch hier den Hebel an. Mich stört der hohe Preis an sich eigentlich weniger. Ich hätte nichts dagegen, wenn während 100 Jahren jede Woche eine Million in kreative Kunst investiert würden. Mit derselben Summe allerdings nur die Kunst eines Architekten fördern ist steril. Zurecht schreibt die DP: "Ein Milliarden-Vorhaben wie das Pei-Museum paßt nicht in die Landschaft, solange nicht gleichzeitig sichergestellt ist, daß auch das gewiß nicht gerade üppige kulturelle Hinterland auf entschlossene und tatkräftige Fördermaßnahmen zählen kann. Mit Potemkinischen Dörfern, hinter denen sich eine gähnende kulturelle Leere und Öde nur notdürftig versteckt, ist dem kreativen Schaffen in Luxemburg nicht gedient und wohl auch kaum Eindruck über die Grenzen des Landes hinaus zu machen." Und die LSAP-Resolution fordert, parallel zum CAC-Vorhaben müßten "die bestehenden Museen und Kulturinstitute und -träger (ob öffentlich oder privat) endlich die nötigen Mittel (Infrastrukturen, Finanzen, Personal) bekommen, um ihrer mehr denn je wichtigen Aufgabe gerecht zu werden. Der Landeskongreß pocht auf eine verstärkte dezentrale (regionale) Förderung von Kulturinfrastrukturen." Die Bibliothek der historischen Sektion des großherzoglichen Instituts vermodert weiter im Keller des Athenäums, und die Nationalbibliothek wird spätestens im September 1992 das letzte noch freie Regal am Boulevard Roosevelt gefüllt haben ...

Nicht der Preis als solcher schreckt ab, sondern die Konzeptlosigkeit, mit der vorgegangen wird. Die Regierung hält sich nicht einmal an die Ratschläge ihrer Experten Ceysson und Becker (die stets herhalten müssen, wenn die Standortwahl verteidigt werden muß). Diese fordern nämlich in der Vorstudie für die "Fondation Grand-Duc Jean" (1991), "d'esquisser une programmation et de procéder à des acquisitions ... dès le budget prochain". Am Samstag, 29. Februar, haben Schüler des Lycée technique des Arts et Métiers damit begonnen, Kunstwerke zum Thema "Das Brett" herzustellen, die sie dem Kulturminister schenken wollen, damit das CAC nicht ganz leer da steht bei seiner Eröffnung. Mit ihrem konzeptlosen Größenwahn hat die Regierung bewirkt, daß in der Bevölkerung nicht nur das Pei-Projekt zerredet wird, sondern die Idee eines CAC generell in Frage gestellt

wird. Aus diesem Grund muß man froh sein, daß der LSAP-Kongreß die Resolution, die ein Referendum in Sachen CAC forderte, abgewiesen hat. Doch daß die Stimmung immer deutlicher der Regierung ins Gesicht bläst, daran trägt einzig und allein sie selbst die Schuld.

Kein Interesse für Denkmalschutz

Die Denkmalschützer dürfen sich zugute halten, daß sie die Diskussion um das CAC-Projekt auf Drei Eicheln erst mal in Gang gebracht haben. Rund 12300 Unterschriften befürworten eine Petition, die sich nur gegen den Standort ausspricht. Sicher sind inzwischen andere, berechtigte Einwände und Kritiken geäußert worden. Daß aber bei den wenigsten Politikern das Standortargument ernst genommen wird, muß enttäuschen. Dieses Desinteresse zeigt den geringen Wert, der in Luxemburg einer aktiven Denkmalschutzpolitik zugeschrieben wird. Ganze sieben Personen arbeiten im "Service des Sites et Monuments nationaux" ... und das Kulturministerium wollte jüngst auch noch eine Sekretärin von dort abziehen. Solange Georges Calteux in Hunderten von Dia-Abenden die Bauern dazu motivierte, ihre Fassaden aufzupolieren und ihre Dorfstraße instandzusetzen, konnten die Politiker sich bei Einweihungen und Spatenstichfeiern für die gezahlten Subsidien (von denen ohnedies 84,6% in Form von Steuern zurück in die Staatskasse fließen) danken lassen und Wählerstimmen einheimsen. Jetzt da der Denkmalschutz einem Monument zur Feier des eigenen Prestiges entgegensteht, zeigt sich, welch geringe Überzeugung hinter der Denkmalschutzpolitik stand. Selbst Konventionen des Europarats sind nur mehr wertloses Papier. Die Bedeutung von gewachsenen Siedlungsstrukturen - und als solche ist das Areal um die Drei Eicheln zu bezeichnen, auch wenn das Fort Thüngen in seiner gesamten Ausdehnung erst vor knapp einem Jahr freigelegt wurde - für die Lebensqualität der Bürger, von ihrem Marktwert für die Tourismusindustrie nicht zu reden, haben diese Politiker noch nicht erkannt.

m.p.

1) Bis zum 1. März 1992 ist die Zahl auf 12.430 angestiegen.